



Geschäftsbericht 2006

Allgemeiner Rechenschaftsbericht
des Stadtrats über das Amtsjahr 2006





Fotografie

2006 waren wir mit der Fotografin Regina Kühne
in der Kulturstadt St.Gallen unterwegs.

Geschäftsbericht 2006

Allgemeiner Rechenschaftsbericht
des Stadtrats über das Amtsjahr 2006



Stadtrat der Stadt St.Gallen 2006

Amtsduer 2005–2008

Dr. Franz Hagmann, Stadtpräsident, Direktion Inneres und Finanzen

Hubert Schlegel, Stadtrat, Direktion Soziales und Sicherheit

Elisabeth Beéry, Stadträtin, Direktion Bau und Planung

Fredy Brunner, Stadtrat, Direktion Technische Betriebe

Dr. Barbara Eberhard, Stadträtin, Direktion Schule und Sport

Dr. Manfred Linke, Stadtschreiber

st.adt

EINLEITUNG

7

1	Stadtentwicklung	9
2	Wirtschaft	11
3	Jugend und Bildung	12
4	Sport und Erholung	15
5	Kultur	17
6	Sicherheit	19
7	Sozialaufgaben	22
8	Verkehr	25
9	Versorgung	27
10	Entsorgung	28
11	Verwaltung	30
12	Finanzen	33
13	Umwelt und Energie	36
14	Bürgerschaft und Behörden	38

LEBENDIGES ST. GALLEN

Herausragende Anlässe mit Tausenden von Besuchenden aus der Region prägten das gesellschaftliche Leben in der Stadt St.Gallen. Mehrere dieser Anlässe strahlten weit über die Ostschweiz hinaus. St.Gallen wurde seinem Legislaturmotto gerecht «ST.GALLEN – STARKES ZENTRUM FÜR DIE REGION».

Zu Beginn des Jahres 2006 verzauberte die im wahrsten Sinn des Wortes wunderbare Ausstellung «Seelenwärmer» des Künstlerduos Steiner/Lenzlinger in der Stiftsbibliothek die Besucherinnen und Besucher in diesem Teil des UNESCO-Weltkulturguts des St.Galler Klosterbezirks.

Im Sommer fanden bei bestem Wetter im Klosterhof zwischen Kathedrale und Regierungsgebäude erstmals die «st.galler festspiele» mit den Aufführungen der Carmina Burana von Carl Orff statt.

Bereits zum dritten Mal fand bei Herbstbeginn bei wiederum gutem Wetter die St.Galler Museumsnacht statt, während welcher Tausende zwischen den einzelnen Museen und teilnehmenden Institutionen flanieren, sich begegnen und sich kulturell anregen liessen.

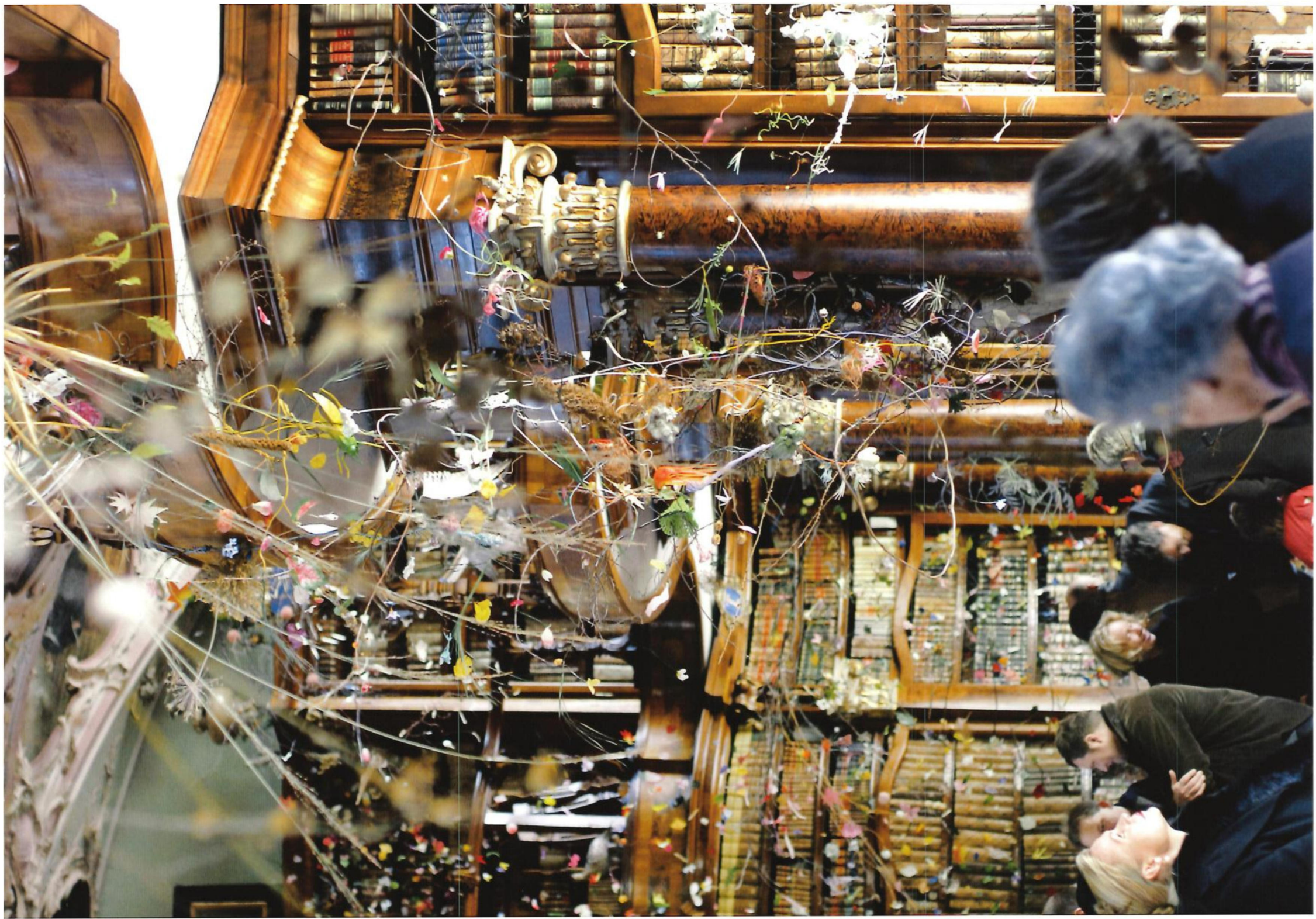
Den ganzen Herbst hindurch wurde die Ausstellung «Schnittpunkt Kunst und Kleid» gezeigt, für welche mehrere Museen ihre Fäden textil zusammenspannten. Ein Höhepunkt mit weltweiter Ausstrahlung innerhalb dieser Ausstellung war bestimmt diejenige im Textilmuseum, wo sich AKRIS präsentierte, aber auch weitere traditionsreiche, weltweit tätige St.Galler Textilfirmen wie Schläpfer, Bischoff oder Forster ihre Spezialitäten und besten Stücke zeigten.

Mit diesem Bericht legt der Stadtrat Rechenschaft über das Amtsjahr 2006 ab. Die Bilder von Regina Kühne zeigen Momentaufnahmen herausragender Anlässe des Jahres 2006 in der Stadt St.Gallen.

Stadtrat St.Gallen

Wünschen Sie Zusatzinformationen?

Bestellen Sie den Controlling-Teil, der über die Arbeit der Dienststellen berichtet und eine Fülle von Daten über die letzten drei Jahre enthält. Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, 9001 St.Gallen, info@stadt.sg.ch, Telefon 071 224 53 25. Sie finden den «Bericht der Dienststellen» auch unter www.stadt.sg.ch



Seit dem 1. Oktober 2006 gilt die neue Bauordnung – St.Gallen hat nun eine zeitgemässe rechtliche Grundlage für die bauliche Entwicklung. Für die kommende Richtplanung haben Stadtrat und Stadtparlament die politischen Zielsetzungen und Strategien festgelegt. Bedeutende öffentliche und private Projekte sind im Bau oder in der konkreten Vorbereitung.

Neue Bauordnung

Nach jahrelangen intensiven Vorbereitungen, politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen konnte am 1. Oktober 2006 die neue Bauordnung in Kraft gesetzt werden. Der ebenfalls grösstenteils neu erarbeitete Zonenplan wurde bereits vor einigen Jahren gültig. Damit besteht eine moderne, den künftigen Anforderungen entsprechende Rechtsgrundlage für die bauliche Entwicklung. Inhaltlich ist die neue Bauordnung geprägt durch die Straffung und Konzentration auf das Wesentliche und die Betonung der gestalterischen und städtebaulichen Anforderungen.

Ebenfalls im Interesse der «Baukultur» wird verstärkt verwaltungsunabhängige Fachkompetenz für die Beurteilung von Bauvorhaben eingesetzt: Die «Baubewilligungskommission» löste die «Baupolizeikommission» als Entscheidbehörde im Baugesuchverfahren ab. Der Vorsitz liegt nach wie vor bei der Direktorin Bau und Planung; Kommissionsmitglieder sind neu sechs vom Stadtrat gewählte externe Fachleute. Für besonders gewichtige Fragestellungen im Planverfahren, bei öffentlichen Projekten oder im Baugesuchverfahren steht neu zudem der «Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur» zur Verfügung.

Grundzüge der räumlichen Entwicklung

Das Stadtparlament hat die vom Stadtrat vorgelegten «Leitplanken» für die Ausarbeitung des Richtplans genehmigt. Diese «Grundzüge der räumlichen Entwicklung» sind nicht nur die Grundlage für die Ausarbeitung des Richtplans, sie sind darüber hinaus eine eigentliche Standortbestimmung für die räumliche Stadtentwicklung der kommenden rund 20 Jahre. In Bezug auf Bedeutung und Zeithorizont stehen diese grundlegen-

den Positionierungen zwischen den langfristigen Leitbildaussagen einerseits und den aktualitätsbezogenen Legislatur- und Jahreszielen anderseits.

Grossprojekte

Das Berichtsjahr stand auch im Zeichen mehrerer bedeutender Grossprojekte:

- Das Stadion/Einkaufszentrum St.Gallen West, eine Grossbaustelle enormen Ausmasses, ist plangemäss im Bau und soll 2007/2008 in Etappen eröffnet werden.
- Das Athletik Zentrum St.Gallen, ein gemeinsames Projekt von Stadt und Kanton, ist fertig gestellt und bereits in Betrieb genommen.
- Das Stadtparlament hat die Neuüberbauung des Güterbahnhofareals für ein neues Stadtquartier mit Wohnungen, Büros, Läden etc. genehmigt. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum zustande gekommen.
- Das neue Kongresszentrum Einstein im Stadtzentrum wurde baubewilligt, der Bau ist im Gange.
- Für das Fachhochschulgebäude neben dem Hauptbahnhof wurde das Verfahren für die Sondernutzungspläne und das Erschliessungsprojekt eingeleitet.
- Zahlreiche Wohnbauprojekte konnten realisiert, baubewilligt oder geplant werden. Beispielhaft zu erwähnen sind die beiden Grossvorhaben Vogelherd Nord – der Gestaltungsplan ist rechtskräftig geworden – und die Überbauung Birnbäumen – das Verfahren für die drei Baufelder mit den Gestaltungsplänen wurde eingeleitet.

Öffentlicher Raum in der Innenstadt

Der öffentliche Raum ist für die Attraktivität, die Lebens- und Wohnqualität einer Stadt von massgebender Bedeutung. Drei Projekte in der Innenstadt stehen unter dieser Zielsetzung:

- ▶ die Neugestaltung der Strassen und Plätze in der südlichen Altstadt, das Konzept und die 1. Etappe dafür wurde dem Stadtparlament unterbreitet;
- ▶ die Neugestaltung des Bahnhofplatzes, dem Stadtparlament wurde das vorgesehene Konzept und der nötige Wettbewerbskredit vorgelegt;
- ▶ die Neugestaltung des Marktplatzes; hier konnte mit der Einigung über die wichtigsten «Eckwerte» zu einer Parkgarage Marktplatz der Weg für die vollständige Verkehrsbefreiung und die Neugestaltung geöffnet werden.

Umsetzung der Legislaturziele

Die Legislaturziele 2005 bis 2008 wurden zielgerichtet weiterverfolgt:

- ▶ Die Zusammenarbeit mit der Region wurde nochmals intensiviert. Die Vereinigung der Gemeinden der Region unter der Führung der Direktion Bau und Planung verabschiedete den regionalen Richtplan mit der Festlegung der «G-Standorte». Das Agglomerationsprogramm wurde weiterentwickelt und das Projekt für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Hinblick auf das Stadion / Einkaufszentrum ausgearbeitet.
- ▶ Im Rahmen der Grundzüge für die Richtplanung, wird die eigentliche Richtplanarbeit gestartet; dazu gehört auch die Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte und der weiteren Grundlagen für die stadtübergreifende Entwicklungsstrategie.
- ▶ Die Legislaturthemen Wohnstadt – Wohnumfeld, Innenstadt und Quartiere sowie öffentlicher Raum wurden mit den vorstehend genannten Projekten für neue Wohnüberbauungen, insbesondere aber auch mit den Massnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes systematisch angegangen.
- ▶ Ein herausragender Schwerpunkt des Jahres 2006 bildeten öffentliche Bauprojekte, namentlich das Athletik Zentrum, das sanierte Rathaus, die Vorbereitung der Fachhochschule und des Bundesverwaltungsgerichtes.



Wohnbevölkerung Stadt St.Gallen 2001 bis 2005

Einwohnende am 31.12.	2002	2003	2004	2005	2006
Schweizer/-innen	51 209	51 231	51 108	51 179	51 350
Ausländer/-innen	19 419	19 663	19 113	18 728	18 505
Ständige Wohnbevölkerung	70 628	70 894	70 221	69 907	69 855
Angemeldete Wohnbevölkerung	74 731	74 637	74 365	74 180	74 371



Saldo an Wanderungsbewegungen

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
+87	+96	+246	+661	+363	-154	-222	-22



Zuwachs an Wohnungen

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
105	160	79	440	249	172	206	130

Die Wirtschaft präsentiert sich am Jahresende 2006 in einer erfreulichen Verfassung. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist hoch und die Konjunktur insgesamt kann sich breit auf den Konsum, die Investitionen und den Export abstützen. Das vor einem Jahr von Experten prognostizierte Wachstum dürfte deutlich höher liegen und wird nun mit 2.9 Prozent beziffert.

Aufschwung an allen Fronten

Die Schweiz weist seit 2004 eine anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung auf. Während der Aufschwung in den Jahren 2004 und 2005 eher moderat ausfiel, zeichnet sich für 2006 mit 2.9 Prozent Realwachstum ein überdurchschnittlicher Wert ab. Damit kann der Rückstand gegenüber dem langfristigen Wachstumstrend in den Jahren 2001 bis 2003 teilweise wieder aufgefangen werden.

Diese Wirtschaftsentwicklung ist auch in der Ostschweizer Wirtschaft spürbar, wie die aktuellen Daten des Jahresend-Konjunkturtests der Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (IHK) belegen.

Stadt mit überdurchschnittlicher Gründungsdynamik

Bestätigt wird der positive Entwicklungstrend der städtischen Wirtschaft auch in einer kürzlich erschienenen Studie im Rahmen der Publikationsreihe «Stadtstatistik aktuell» zum Thema Neugründungen und Schliessungen von Unternehmen im Zeitraum 1999 bis 2004.

Bezüglich Gründungsdynamik zeigt die Studie auf, dass in der Stadt St.Gallen von 1999 bis 2004 jährlich rund 140 oder mehr neue Unternehmen gegründet wurden. Dabei entstanden in jedem der sechs Gründungsjahrgänge mehr als 300 Arbeitsplätze. Auffallend ist auch, dass 30% der Gründungen im Kanton mit fünf und mehr Vollzeitstellen in der Stadt zu verzeichnen waren, was deutlich über dem Anteil der Stadt am Unternehmensbestand des Kantons im Jahr 2001 von 19% liegt. Insgesamt kommt der Stadt und Region St.Gallen eine herausragende Bedeutung für das kantonale Gründungsgeschehen zu. Der vollständige Bericht kann auf der Homepage www.statistik.stadt.sg.ch eingesehen werden.

» Umsetzung der Legislaturziele

► Sichtbares Zeichen des Aufschwungs sind die zahlreichen Grossbaustellen. So nehmen verschiedene Projekte deutliche Konturen an oder sind kurz vor Fertigstellung wie das Stadion St.Gallen, die Rathausanierung, das Athletik Zentrum, die Universität und das Weiterbildungszentrum Holzweid sowie Einstein Kongress.

► Eine rege Bautätigkeit ist auch im Wohnungsbau festzustellen. So sind an der Hechtackerstrasse, am Rosenbüchel, im Linsenbühlgut, auf dem Maestrani-Areal und an der Tutilostrasse insgesamt rund 400 Wohnungen vor der Fertigstellung. Weitere grössere Wohnüberbauungen sind in den Gebieten Birnbäumen, Watt, Vogelherd-Nord und Güterbahnhofareal geplant. Zudem sollen ein Hotel- und Kongressbau auf dem Areal der ehemaligen Halle 7 der Olma Messen St.Gallen und ein City-Parking im Bereich Union-Gebäude realisiert werden.

► Im Wettbewerb um die Standortgunst zeichnet sich für St.Gallen mit dem vorgelegten Entwurf eines kantonalen Finanzausgleichsgesetzes eine positive Entwicklung ab, was theoretisch eine Steuerfusssenkung im Rahmen der Legislaturziele ermöglichen würde.

► Mit der Teilnahme an der Immo-Messe 2006 sowie am Gemeinschaftsstand mit andern Regionen des Kantons an der Expo Real in München konnte sich die Stadt weiter als Wirtschafts- und Wohnstandort profilieren.

► Der Stadtrat erachtet direkte Kontakte mit verschiedensten Anspruchsgruppen als unabdingbar und äusserst wertvoll. Entsprechend intensiviert wurde der Meinungsaustausch mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmen wie auch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

3 JUGEND UND BILDUNG

Die Schule ist ein Dienstleistungsbetrieb und soll sich ständig verändern und den aktuellen Gegebenheiten anpassen – ohne aber in Aktivismus zu verfallen.

Blockzeiten, KidS und Freiwillige Schulhausangebote sind Projekte auf diesem Weg.

Schulorganisation 2007

Nachdem das Stadtparlament am 29. August 2006 mit grossem Mehr der Schulorganisation 2007 sowie einem Nachtrag zur Gemeindeordnung und einer neuen Schulordnung zugestimmt hatte, fand die Schulorganisation 2007 in der Volksabstimmung vom 26. November 2006 auch die Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Damit erhält die Stadt als erste und vorerst einzige Gemeinde im Kanton eine Schulorganisation ohne Schulrat. In der neuen Organisation trägt der Stadtrat die strategische Verantwortung für das städtische Schulwesen. Die operativen Aufgaben sind an die Verwaltung delegiert. Pädagogischer Beirat, Schulbegleitungen und Elternforen sorgen für eine verstärkte Aussensicht. Die Schulleitungen erhalten umfassende Führungsverantwortung und Kompetenzen. Insbesondere wird es in Zukunft ihre Aufgabe sein, die Lehrpersonen in ihrer pädagogischen Arbeit zu begleiten. Um dieser Herausforderung gewachsen zu sein, müssen sich die Schulleitungen zusätzlichen Ausbildungen und Nachqualifikationen stellen. Die dafür notwendigen Kurseinheiten sind in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule St.Gallen vorbereitet.

Blockzeiten

Das Pilotprojekt mit erweiterten Blockzeiten an fünf Tagen mit vier Lektionen, wie es im Schulhaus Spelterini seit Sommer 2005 läuft, ist Teil des Projekts «Tagesstruktur», das unter der Ägide des Kantons steht und von der Pädagogischen Hochschule Rorschach ausgewertet wird. Gemäss einer Zwischenevaluation von Oktober 2006 äussert sich eine signifikante Mehrheit der Eltern deutlich positiv zu den Auswirkungen der Blockzeiten auf ihre Kinder und auf ihren Familienalltag. Zufrieden sind die Eltern auch mit dem Angebot des Mittagstisches. Ein Grossteil der Eltern favorisiert

ein gut betreutes, kostenpflichtiges Mittagsangebot mit warmem Essen. Die Umfrage bestätigte, dass vor allem erwerbstätige Eltern ein gutes Betreuungsangebot schätzen. Gut die Hälfte der Eltern ist deshalb der Meinung, dass das Betreuungsangebot nachmittags ausgebaut werden sollte. Diese Ergebnisse der kantonalen Evaluation sind auch repräsentativ für die Erfahrungen im Schulhaus Spelterini. Von Seiten der beteiligten Lehrpersonen werden in erster Linie das Teamteaching und die Möglichkeit zur Rhythmisierung des Unterrichts als Chance gesehen. Unabhängig von der Schlussevaluation des Pilotprojekts hat der Kanton bereits beschlossen, dass die erweiterten Blockzeiten in allen Gemeinden auf Beginn des Schuljahres 2008/09 flächendeckend einzuführen sind.

Freiwilliges Schulhausangebot Schönenwegen

Mit der Eröffnung des Freiwilligen Schulhausangebots im Schulquartier Schönenwegen-Lachen ist das Ziel zur Schaffung eines Grundangebots an «Familienergänzende Betreuung» in allen Schulquartieren weitgehend erreicht. Das Angebot wird in den Quartieren unterschiedlich genutzt. Es ist offensichtlich, dass die von den Eltern erhobenen Kostenbeiträge Einfluss auf die Frequenzen haben. Rückmeldungen von Lehrpersonen und Eltern lassen den Schluss zu, dass die geltenden Tarife vor allem Eltern aus dem Mittelstand davon abhalten, ihr Kind in ein Freiwilliges Schulhausangebot zu schicken. Sowohl die Kosten als auch die Tarifstruktur werden deshalb überprüft.

KidS vom Kindergarten in die Schule

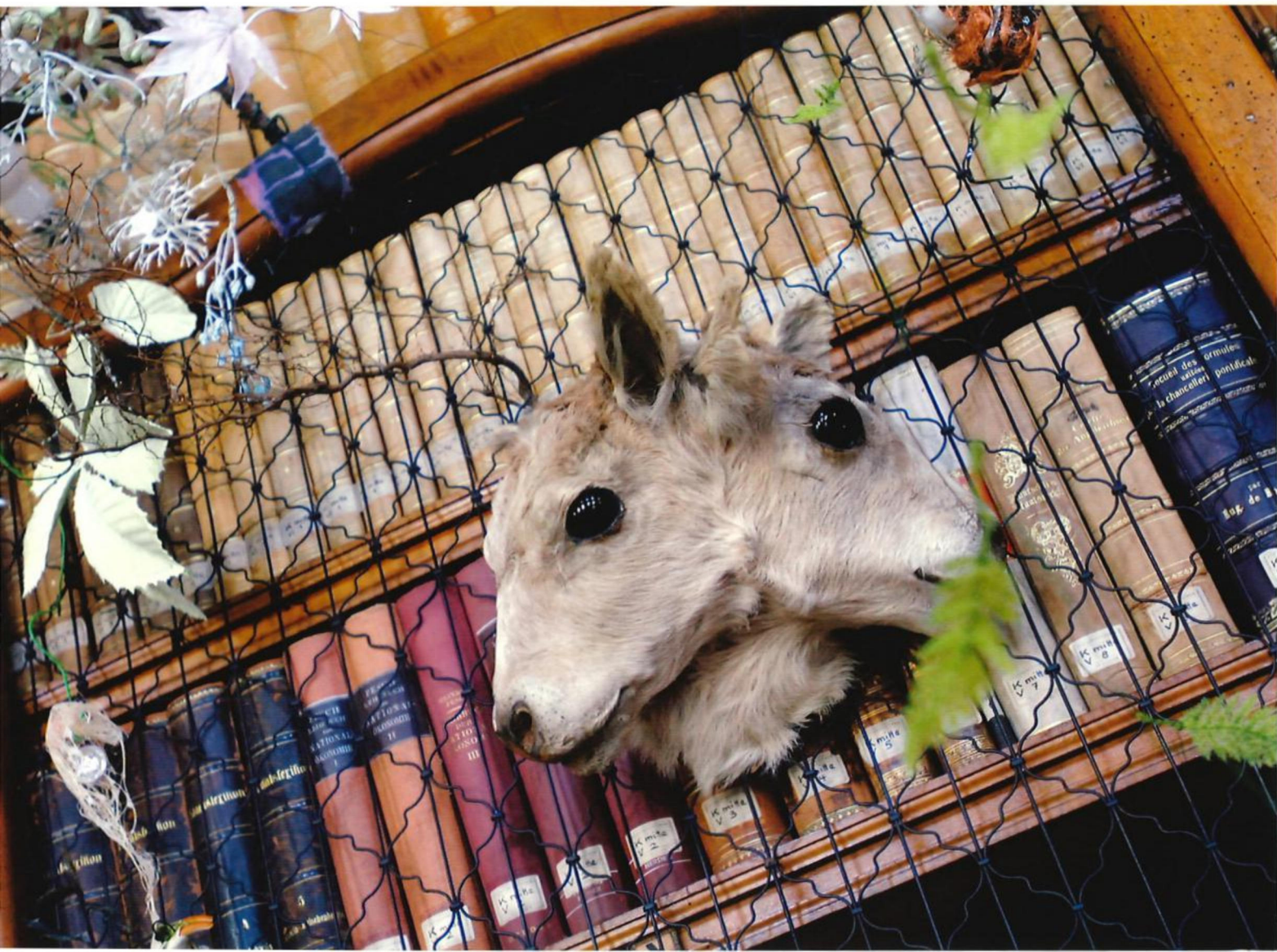
KidS ist ein pragmatischer Lösungsansatz der Stadt, um der Einschulungsproblematik begegnen zu können. Im Zentrum steht die Herausforderung, Kindergarten und Unterstufe einander näher zu bringen und die Kinder nach Möglichkeit ohne Sonderlösung einzuschulen.

KidS ist eine Alternative zur Basisstufe. Erfahrungen dazu sollen in einem Pilotprojekt gesammelt und ausgewertet werden. Dafür sprach das Stadtparlament die nötigen Kredite.

In den beiden für das Pilotprojekt ausgewählten Schulquartieren Halden und Boppartshof bedeutet die Umstellung auf KidS eine grosse Herausforderung. Die Lehrpersonen haben sich auf ein Mehrklassensystem mit Leistungsgruppen vorzubereiten. Um für diese Umstellung bereit zu sein, sind verschiedene Ausbildungsmodule in Arbeit, die sich weitgehend an den Erfahrungen aus der Basisstufe orientieren. KidS ist aber auch eine Herausforderung für die Kindergartenlehrpersonen, die sich noch vermehrt auf die Schule ausrichten und auf eine Zusammenarbeit setzen müssen, die aber über das Projekt SpiKi (von der Spielgruppe in den Kindergarten) bessere Startbedingungen erhalten.

30 Jahre Jugendsekretariat

Das Jugendsekretariat konnte sein 30-jähriges Jubiläum feiern. Neben verschiedenen Informationsaktionen in der Innenstadt stellte das Jugendsekretariat am «Tag der offenen Tür» den Besucherinnen und Besuchern die Bereiche Jugendkultur, Jugendarbeit Zentrum, Quartierarbeit, Beratung und Information vor. Zudem wurde die 30-jährige Geschichte aufgearbeitet und in einer dreiteiligen Serie im St.Galler Tagblatt publiziert. Die Geschichte des Jugendsekretariats macht deutlich, dass es für die Anliegen der Jugendlichen nach wie vor eine niederschwellige, innovative Anlauf- und Fachstelle für Jugendliche in der Stadt braucht.



Jugendarbeit Zentrum

Die Jugendarbeit Zentrum nahm im April 2006 mit der «Aufsuchenden Jugendarbeit» ihre Tätigkeit auf und begann mit Quartiervernetzungsarbeit. Die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter nahmen Kontakt auf zu Nachbarn, Quartierbewohnerinnen und -bewohnern, Gewerbetreibenden und Polizei. Sie waren von Mai bis Dezember an 38 Abenden in der Innenstadt unterwegs und hatten mit ca. 800 Jugendlichen Kontakt. Dank dieser hoher Präsenz gelang es den Mitarbeitenden, zu vielen Jugendlichen in der Innenstadt eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen. Dabei wurden sie von der Polizei unterstützt. Die gute und enge Zusammenarbeit mit der Polizei hat wesentlich dazu beigetragen, Spannungen abzubauen bzw. nicht eskalieren zu lassen. Eine Entschärfung der Situation im Mangelquartier ist spürbar.

Schwieriger als erwartet gestaltete sich dagegen die Suche nach einem geeigneten Standort für eine Jugendbeiz. Stand zu Beginn der Suche der Standort Bohl im Vordergrund, musste dieser nach einer genaueren Beurteilung aufgegeben werden. Weitere Standorte scheiterten an ihrer räumlichen Disposition, an den Kosten oder am Widerstand der Nachbarn. Als neuer Standort für die Jugendbeiz konnte schliesslich die Turnhalle Talhof gefunden werden.

Umsetzung der Legislaturziele

- ▶ Die Schulorganisation 2007 ist beschlossen, ebenso die Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen. In verschiedenen Projekten werden die zur Umsetzung der Schulorganisation 2007 relevanten Themen bearbeitet.
- ▶ Für eine wirkungsvolle Steuerung der Hilfen und Therapien liegen die Grundlagen für ein städtisches Förderkonzept vor.
- ▶ Das Pilotprojekt für erweiterte Blockzeiten läuft erfolgreich.
- ▶ Das Projekt KidS (vom Kindergarten in die Schule) ist als Pilotprojekt beschlossen.
- ▶ Ein zusätzliches Freiwilliges Schulhausangebot verbessert das städtische Angebot an Tagesstrukturen.
- ▶ Die mobile Jugendarbeit im Zentrum hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Standort für eine Jugendbeiz ist bestimmt.
- ▶ Mit drei Gemeinden konnten Vereinbarungen für ein Projekt zur regionalen Zusammenarbeit abgeschlossen werden.



Volksschule

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl Schülerinnen und Schüler	7 216	7 199	7 113	6 934	6 868
Anzahl Klassen	385	393	*398	*389	381
Anzahl volle Pensen	565	575	572.6	565	560

* 2/3-Klassen als ganze Klasse gezählt



Familienergänzende Betreuung

Anzahl Schülerinnen und Schüler	2002	2003	2004	2005	2006
Horte	186	191	188	201	203
Freiwillige Schulhausangebote	169	198	289	420	390
Gesamt	355	389	477	601	593

Im Sportinfrastrukturbereich sind die grossen Projekte errichtet. Mit dem Athletik Zentrum ist eine Anlage von nationaler Bedeutung fertiggestellt worden.

Athletik Zentrum St.Gallen

Das Athletik Zentrum St.Gallen konnte termingerecht Ende November dem Betrieb übergeben werden. Für den Betrieb des Athletik Zentrums St.Gallen bestehen ein Betriebs- und ein Marketingkonzept. Letzteres bildet die Grundlage für eine bestmögliche Positionierung des Angebots bei Verbänden und Vereinen. Das Athletik Zentrum St.Gallen soll einerseits zu einer Athletikhochburg in der Schweiz werden, andererseits zu einem Trainingszentrum für bestimmte Sportarten. Bei allen Anstrengungen für eine optimale Positionierung und Vermarktung des Athletik Zentrums St.Gallen darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Sportanlage während der Woche (Montag bis Freitagmittag) primär dem Schul- und Vereinssport in der Stadt St.Gallen dient.

Übernahme Schwimmbad Rotmonten

Die Stadt hat von der Genossenschaft Schwimmbad Rotmonten das in die Jahre gekommene Freibad übernommen und wird damit Trägerin eines zusätzlichen Bades. Das Schwimmbad Rotmonten wurde 1959 erbaut und als Familienbad konzipiert. Die Übernahme erfolgte wegen des anstehenden Sanierungsbedarfs. Die Genossenschaft Schwimmbad Rotmonten sah sich ausserstande, die dafür nötigen Mittel aufzubringen. Mit der Übernahme des Schwimmbads Rotmonten verfügt die Stadt mit dem Schwimmbad Lerchenfeld und dem Naturbad auf Dreilinden über drei örtlich optimal gelegene Anlagen mit einem guten Angebotsmix, welche die beiden ganzjährig betriebenen Hallenbäder Blumenwies und Volksbad ideal ergänzen.

Stadion Krontal

Die Bauarbeiten für das Stadion Krontal konnten abgeschlossen werden. Im Tribünengebäude wurden sämtliche Räume saniert und an die aktuellen Bedürfnisse der Benutzenden angepasst. Ein neues Garderoben-

gebäude an der Stirnseite des Hauptplatzes verbessert die Infrastruktur. Beispiel- bzw. benutzbar sind insgesamt ein Wettkampffeld, ein Trainingsplatz und ein Kunstrasenspielfeld. Mit diesen Spielfeldern deckt das Stadion Krontal eine Bedarfslücke für Trainings- und Meisterschaftsspiele. Gesamthaft verfügt der FC Brühl sowohl für Fussballspielerinnen und -spieler als auch für Zuschauerinnen und Zuschauer wiederum über eine attraktive Sportstätte.

Handball-Europameisterschaft

Die Stadt erlebte einen sportlich hoch stehenden und bestens organisierten Grossanlass. Dabei bestätigte die Sporthalle Kreuzbleiche ihre Eignung für den Handballsport der Topliga. Die Stadt trug zum Gelingen des Anlasses nicht nur mit einem finanziellen Beitrag, sondern auch mit Direktleistungen verschiedener Dienststellen bei. Einmal mehr zeigte sich, dass ein Anlass dieser Grösse ohne ehrenamtliche Tätigkeit einer grossen Anzahl freiwilliger Helferinnen und Helfer weder zu bewältigen noch zu finanzieren ist.

Einbau einer Flutlichtanlage im Gründenmoos und Sanierung

In der Sportanlage Gründenmoos sind die Spielfelder 7 und 9 die massgebenden Spielplätze für den Meisterschaftsbetrieb im Fussball. Sie erfüllen die Normen des Sicherheitsabstands bei den Spielfeldbegrenzungen und bieten eine angemessene Anzahl von Zuschauerplätzen. Die Meisterschaftstauglichkeit der beiden Spielplätze führte vermehrt zu Belegungen nicht nur am Wochenende, sondern auch werktags. Um in den Hauptspielmonaten April/Mai und Mitte August bis Ende Oktober Spiele in der Meisterschaftsrunde auch am Abend ansetzen zu können, erhielt der Platz 7 eine Flutlichtanlage. Platz 9 wurde so saniert, dass die Nutzungsmöglichkeiten entschieden verbessert werden können.

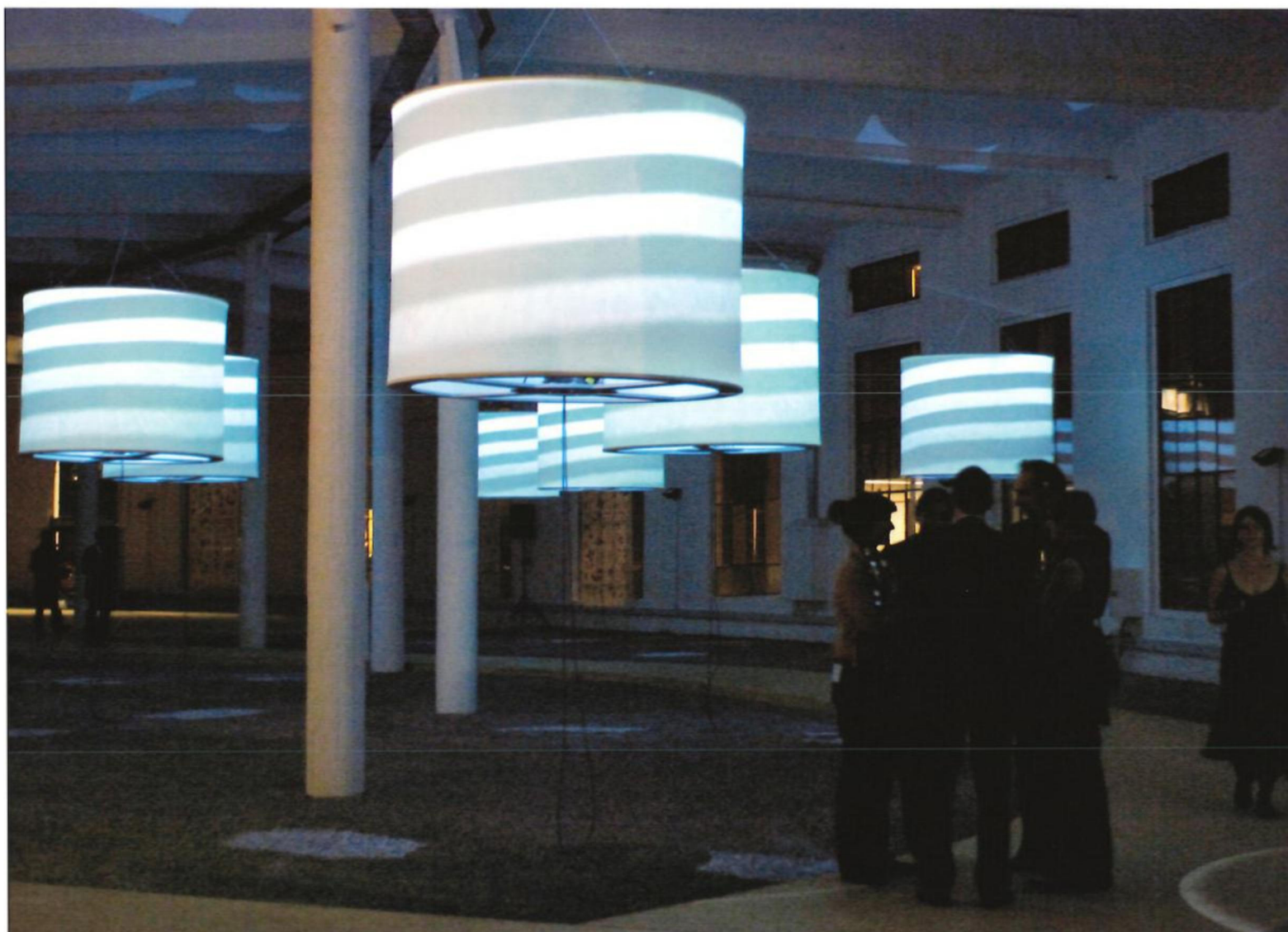
▶▶ Umsetzung der Legislaturziele

- ▶ Das Athletik Zentrum St.Gallen hat seinen Betrieb aufgenommen.
- ▶ Die Eishalle Lerchenfeld ist gut frequentiert. Die Animationskurse werden genutzt.
- ▶ Studien für die Erweiterung des Hallenbads Blumenwies mit einem Aussenbad liegen vor.
- ▶ Konzeptionelle Überlegungen zur Ausgestaltung des Volksbads sind erfolgt, müssen aber noch vertieft werden.
- ▶ Eine Planskizze für einen erweiterten Rollerpark auf der Kreuzbleiche ist erstellt und dient als Grundlage der Projektierung.



Unterstützung im Jugendsport (Kinder und Jugendliche 8–20 Jahre)

	2002	2003	2004	2005	2006
Knaben	2 999	3 059	2 831	2 873	2 859
Mädchen	1 323	1 725	1 717	1 658	1 678
Total	4 625	4 784	4 548	4 531	4 537



Im Palace gelang es innert kurzer Zeit, einen erfolgreichen kulturellen Probetrieb zu etablieren, und die Freihandbibliothek und die Ludothek konnten im Verlaufe des Jahres neue Räumlichkeiten beziehen. Einen weiteren Höhepunkt bildete die Verleihung des Kulturpreises an Silvie Defraoui.

Kultureller Probetrieb Palace

Nachdem das Stadtparlament die Vorlage des Stadtrats betreffend Sanierung und Umbau der Liegenschaft Palace am 23. Mai 2006 mit der Auflage zurückgewiesen hatte, eine neue Vorlage mit einem Kostendach von 3.5 Mio CHF auszuarbeiten, drängte sich ein provisorischer kultureller Betrieb auf. Auf diese Weise kann ausgelotet werden, welche kulturellen Nutzungen im bestehenden Saal möglich und sinnvoll sind. In der aktuellen Betreibergruppe wirken Personen aus verschiedenen Kulturszenen der Stadt und der Region mit. Bereits Ende Oktober sind die ersten Veranstaltungen im Palace erfolgreich über die Bühne gegangen. Seither finden im Palace wöchentlich 2-3 kulturelle Anlässe statt. Das profilierte Programm mit Konzerten, Vorträgen, Lesungen etc. stösst auf eine sehr erfreuliche Publikumsresonanz. Insbesondere gelingt es den Veranstaltern, Personen aus den unterschiedlichsten Schichten und Generationen anzusprechen.

Verleihung des Kulturpreises

Alle vier Jahre zeichnet die Stadt St.Gallen eine Persönlichkeit der Kultur für ihre herausragenden Leistungen aus. Der Kulturpreis 2006 wurde an die bildende Künstlerin Silvie Defraoui verliehen. Die in St.Gallen aufgewachsene Künstlerin gilt als Pionierin der Schweizer Video- und Multimediakunst. Gemeinsam mit ihrem verstorbenen Mann Chérif Defraoui hat sie in den letzten Jahrzehnten die Videokunst um entscheidende inhaltliche Dimensionen erweitert. Am 26. November 2006 wurde Silvie Defraoui der Preis in einer eindrücklichen Feier im Theater St.Gallen überreicht.

Erweiterung der Freihandbibliothek, Umzug der Ludothek

Die dringend notwendige Erweiterung der Freihandbibliothek an der Katharinengasse 11 konnte realisiert werden. Durch den Umzug der Ludothek in das ehemalige «Café Burkart» an der Rorschacher Strasse und das Zumieten von zusätzlichen Räumlichkeiten ist es gelungen, die dringendsten Raumbedürfnisse sowohl der Freihandbibliothek wie auch der Ludothek abzudecken. Benutzerinnen und Benutzer beider Institutionen zeigen sich begeistert über die Umgestaltungen und die dadurch ermöglichte Verbesserung der Dienstleistungen.

Umsetzung der Legislaturziele

- Verschiedene kulturelle Institutionen wie das Museum im Lagerhaus, die Kellerbühne, das Figurentheater und die Grabenhalle erhalten ab 2007 höhere jährliche Betriebsbeiträge. Damit konnte ein wichtiger Beitrag an die Konsolidierung von anerkannten Kulturbetrieben mittlerer Grösse geleistet werden.
- Mit den Plänen des Kantons im Zusammenhang mit dem Projekt KuBi ist bezüglich der angestrebten Aufwertung der Museen eine neue Situation entstanden. Der Stadtrat und verschiedene Dienststellen waren im vergangenen Jahr in die Weiterentwicklung des Projektes KuBi involviert.



Verändertes Freizeitverhalten und eine Vielzahl von Grossveranstaltungen verlangen von der Polizei immer wieder organisatorische Anpassungen.

Sicherheitspartnerschaften

Sicherheitspartnerschaften zielen auf eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen den Quartiervereinen und der Polizei ab, um den Bedürfnissen der Quartiere möglichst optimal begegnen zu können. Die acht Quartierpolizisten der Stadtpolizei dienen dabei als Kontakt- und Ansprechstelle für Anliegen verschiedenster Art. Ist für die Lösung eines Problems für einmal nicht die Polizei, sondern eine andere Verwaltungsstelle zuständig, wird das Anliegen zur Behandlung an diese weitergeleitet. In diesem Sinne übernimmt die Stadtpolizei eine wertvolle Triagefunktion auch für die übrige Verwaltung. Bislang konnten mit 13 der insgesamt 18 Quartiervereine Sicherheitspartnerschaften begründet werden.

Erhöhte Polizeipräsenz an den Wochenenden

Zentrumsstädte sehen sich an den Wochenenden besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Kulturelle Veranstaltungen, Partys, Sport- und andere Anlässe führen zu einer überdurchschnittlichen Inanspruchnahme des öffentlichen Raums. Die Stadtpolizei hat auf diese Entwicklung reagiert und mit organisatorischen Anpassungen eine spürbare Erhöhung der Polizeipräsenz an den Wochenenden sichergestellt.

Kundenzufriedenheit

Im Rahmen eines bürgernahen Polizeiverständnisses nimmt die Polizei nicht mehr nur eine hoheitliche Funktion wahr; sie wird zunehmend auch als Dienstleisterin begriffen. Die Bevölkerung erwartet von ihrer Polizei lösungs- und kundenorientiertes Verhalten. Die Polizei hat allerdings auch wenig populäre Aufgaben

zu erfüllen; manchmal sind eingreifende Massnahmen unumgänglich. Gerade auch deshalb ist es der Stadtpolizei ein Anliegen, die Zufriedenheit ihrer «Kunden» mit der polizeilichen Aufgabenerfüllung in Erfahrung zu bringen. In diesbezüglich durchgeführten Umfragen wurde der Stadtpolizei ein sehr positives Zeugnis ausgestellt, wobei es selbstredend auch Optimierungspotential gibt.

Besondere Anlässe

Das Jahr 2006 stand auch in polizeilicher Hinsicht im Zeichen mehrerer besonderer Anlässe. Zu erwähnen sind dabei insbesondere die Besuche des UNO-Generalsekretärs und des Königs von Norwegen, die Bischofsweihe, der World Ageing and Generations Congress sowie die Handball-Europameisterschaft. Diese Ereignisse verliefen erfreulicherweise ohne nennenswerte Zwischenfälle. Gleichwohl bedeuteten sie angesichts entsprechender Mannschaftsaufgebote erhöhte Anforderungen an die Einsatzbereitschaft der Polizei.

Einsatzzentrale

Sowohl die Stadtpolizei als auch die Kantonspolizei müssen ihr Einsatzleitsystem in den kommenden Jahren ersetzen. Zu diesem Zweck haben Stadt und Kanton St.Gallen einen Projektauftrag zur technischen Zusammenführung der beiden Einsatzzentralen erteilt. Durch Beschaffung einheitlicher technischer Systeme und der Begründung einer gemeinsamen technischen Betriebsorganisation können Investitionskosten und wiederkehrende Aufwände gesenkt werden.

Lösch- und Rettungszug

Die SBB unterhalten Lösch- und Rettungszüge zur Schadenbekämpfung auf ihrem Netz. Im Rahmen einer Reorganisation wurde der bisher in Rorschach stationierte Zug nach St.Gallen verlegt und mit der Feuerwehr St.Gallen eine Zusammenarbeit vereinbart. Die Bahn stellt das für den Betrieb der Zugkomposition notwendige Personal und Material. Das für Lösch- und Rettungsarbeiten notwendige Personal wird zum Teil von der städtischen Berufs- und zum Teil von der Milizfeuerwehr gestellt. Damit ist sichergestellt, dass alle Punkte, in vom Lösch- und Rettungszug abzudeckenden Rayon, des Normalspur-Bahnnetzes innert 45 Minuten nach Alarmierung erreicht werden können.

Umsetzung der Legislaturziele

- ▶ Mit 13 Quartiervereinen konnte eine so genannte Sicherheitspartnerschaft abgeschlossen werden. Die acht Quartierpolizisten dienen als Kontakt- und Ansprechstelle für Anliegen verschiedenster Art.
- ▶ Die Aufträge für die Erneuerung der Einsatzzentralen von Stadt- und Kantonspolizei sind erteilt. Die beiden Einsatzzentralen sollen technisch zusammengeführt, eine einheitliche gesamthafte Technologie beschafft und eine gemeinsame technische Betriebsorganisation gegründet werden.
- ▶ Die Inbetriebnahme des neuen Einsatzleitrechners der Berufsfeuerwehr steht kurz bevor.



Verkehrsunfälle in der Stadt

Unfallarten	2002	2003	2004	2005	2006
Mit Personenschaden	185	204	200	161	135
Nur mit Sachschaden	684	676	690	522	490
Nichtgenügen der Meldepflicht	221	239	241	230	191



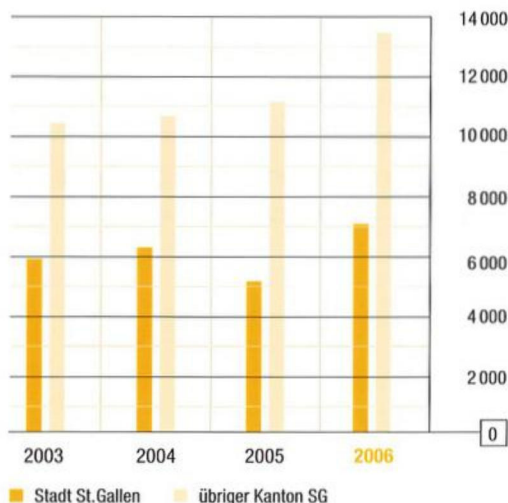
Unfälle mit Personenschaden

	2002	2003	2004	2005	2006
Leicht verletzte Personen	204	223	207	173	133
Schwer verletzte Personen	27	20	30	13	27
Tödlich verletzte Personen	3	3	0	0	1

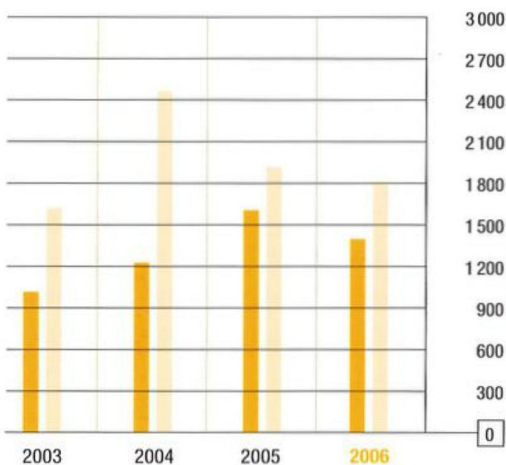


Delinquenzvergleich Stadt/Kanton

Strafgesetzbuch



Betäubungsmittel



■ Stadt St. Gallen ■ übriger Kanton SG

* ab 1. 1. 2006 neue Zählweise nach Gesetzesverstößen



Sozialhilfe ist nicht nur ein sozialpolitisches Thema, sie hat auch eine gesellschaftliche und eine wirtschaftspolitische Dimension. In der Stadt St.Gallen sind über 500 junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren von der Sozialhilfe abhängig.

Berufliche Integration von jungen Erwachsenen

Die Wirtschaftsverbände und die Stadt St.Gallen haben zusammen ein Projekt gestartet, das mit gezielten Integrationsmassnahmen versucht, jungen Erwachsenen eine Beschäftigung zu ermöglichen, die aus der Sozialhilfeabhängigkeit heraus in eine selbstständige Lebensführung mündet. Die enge Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern ist eine wichtige Voraussetzung für den Projekterfolg.

Das Sozialamt klärt die Fähigkeiten und Voraussetzungen der jungen Erwachsenen ab, überprüft ihre Motivation und stellt den Kontakt zu möglichen Arbeitgebern her. Es ist auch für Koordination und Begleitung zuständig. Die Arbeitgeber ihrerseits stellen junge Erwachsene ein und entrichten einen der Tätigkeit entsprechenden Lohn.

Spielgruppen fördern die Chancengleichheit:

Projekt «SpiKi»

Manche Kinder werden im Kindergartenalter erstmals von Fachpersonen begutachtet. Defizite in der sprachlichen, kognitiven, sozialen und motorischen Entwicklung werden oft erst dann erkannt. «SpiKi» setzt bei Kindern ab drei Jahren an. Im Zentrum stehen deren Stärkung und die Förderung der wichtigsten Kompetenzen. Seit Sommer 2006 werden in den Schulquartieren Halden und Boppartshof insgesamt acht «SpiKi»-Spielgruppen angeboten, weitere sind in Planung. Die Spielgruppenleiterinnen laden die Eltern regelmässig ein und zeigen ihnen, wie sie mit ihren Kindern in einer fördernden Art spielen können. Ausserdem stehen den Eltern Fachpersonen zur Verfügung, die sie zu Themen wie Entwicklung, Förderung, Erziehung und Betreuung beraten.

Integrationsarbeit als kontinuierlicher Prozess

Mit dem interkulturellen Begegnungstag am 17. Juni 2006 konnte wiederum ein positives Zeichen für die gesellschaftliche Vielfalt in der Stadt St.Gallen gesetzt werden. Die ganztägige Veranstaltung rund um den Bohl stiess sowohl beim Publikum und den Fachstellen als auch bei den Medien auf ein grosses Interesse. Nebst dem Infobazar und dem Kulinarium fand die Fachveranstaltung zum Thema «Migration & Alter» breite Zustimmung. Die Fachveranstaltung wurde durch die Fachstelle Gesellschaftsfragen organisiert. Synergien aus den Bereichen Alter/Spitex und Integration konnten genutzt werden. Als Resultat der Veranstaltung wurde ein Bericht zur Situation von Migrantinnen und Migranten im Alter in der Stadt St.Gallen verfasst.

Spitex-Grobstruktur

Die von den Krankenkassen bezahlten Spitex-Tarife sind nicht kostendeckend, so dass die öffentliche Hand die entstehenden Defizite mit Subventionszahlungen deckt. Der Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (NFA) verschiebt die Zuständigkeit und Finanzierung der Spitex nun ganz auf die kommunale Ebene. Dementsprechend wird der Bund ab 2008 keine Subventionen mehr ausrichten. Die städtische Unterstützung der Spitex-Organisationen und ihrer Dienstleistungen muss daher auf eine neue Basis gestellt werden. Im Berichtsjahr wurden die Spitex-Organisationen und die Finanzierung der städtischen Spitex-Dienstleister überprüft und ein Grobkonzept für eine neue Struktur in der Stadt St.Gallen entwickelt.

» Umsetzung der Legislaturziele

► Die Vorbereitungen für die «stadinfo» – eine zentrale und örtlich selbständige Informationsstelle – sind abgeschlossen. Im Erdgeschoss des umgebauten Rathauses soll im Juni 2007 eine zentrale Stelle eröffnet werden, die über die Angebote der sozialen Organisationen in der Stadt St.Gallen informiert.

► In der Integrationsarbeit sind die Anstrengungen im Bereich der Sprachförderung verstärkt worden. So wird neu der erfolgreiche Besuch von Grundkursen in Deutsch als Fremdsprache mit Gutscheinen auf die Kurskosten honoriert.

► Das Projekt «SpiKi» aus dem Themengebiet Familie/Kinder engagiert sich für die Chancengleichheit

und setzt einen Akzent bei der Förderung im Vorschulalter.

► Im Zuge der Entflechtung staatlicher Aufgaben durch den NFA wurde für die Spitex-Dienstleister in der Stadt St.Gallen eine Grobstruktur für ein neues Organisations- und Finanzierungsmodell entwickelt.

► Die seit Anfang 2006 geltenden neuen SKOS-Richtlinien in der Sozialhilfe bauen auf ein Anreizsystem, das arbeits- und kooperationswilliges Verhalten honoriert. Dies bewährte sich in der Praxis.

► Das Projekt betreffend Qualitätsentwicklung im Vormundschaftsamt läuft.



Sozialhilfe-Unterstützungen	2002	2003	2004	2005	2006
Unterstützungsfälle	2 412	2 532	2 651	2 881	2 944
Unterstützte Personen	3 891	4 145	4 400	4 715	4 740



Sozialhilfe-Ausgaben	2002	2003	2004	2005	2006
Nettoaufwand (in CHF 1 000)	10 706	12 979	15 745	21 332	21 491
In Steuerprozenten	8.5	9.9	11.8	15.9	15.6



AHV-/IV-/EL-Fälle	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl AHV-/IV-Fälle	10 434	10 739	11 286	11 348	11 484
Ausbezahlte Renten (in CHF 1 000)	171 487	186 330	193 652	198 135	200 508
Anzahl EL-Fälle	3 326	3 451	3 641	3 700	3 782
Ausbezahlte EL (in CHF 1 000)	65 541	69 882	74 539	71 378	74 613



Vormundschaftliche Massnahmen	2002	2003	2004	2005	2006
Massnahmeführung durch Hauptamtliche	858	919	998	995	1 039
Massnahmeführung durch Nebenamtliche	490	501	495	500	497



Subventionssummen (in CHF 1 000)	2002	2003	2004	2005	2006
Spitex	1 111	1 097	1 098	1 184	1 287
Kinderkrippen	1 217	1 246	1 775	1 689	1 668
Stiftung Suchthilfe	1 076	1 113	1 175	1 140	1 115
Stiftung für Arbeit	600	640	630	607	650
Baubeiträge Betagtenheime	–	9 075	4 884	522	3 379



Die Verkehrsproblematik ist ein ständiges, heikles und komplexes politisches Thema. Stadtrat, Stadtparlament und Stadtverwaltung waren 2006 mit grundsätzlichen Planungen, mit konkreten Strassen- und Platzprojekten wie auch mit Angebotsverbesserung im öffentlichen Verkehr in verschiedenster Weise gefordert.

Richtplanung

Im Berichtsjahr sind mit den politischen Vorentscheidungen des Stadtrats und des Stadtparlaments zu den Grundzügen der kommenden Richtplanung auch wichtige Themen für die Verkehrsplanung gesetzt. Im Rahmen der Richtplanung werden die verkehrspolitischen Ziele definiert und planerische Teilprojekte in den Bereichen Individualverkehr, öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr ausgearbeitet. Dazu gehören z.B. Überlegungen zum künftigen Strassennetz, die Konzeption einer Eigentrassierung für den öffentlichen Verkehr, die Verbesserungen für Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger etc.

Verkehrsprojekte

Verkehrsprojekte sollen immer auch Projekte der Stadtentwicklung sein und Aufwertungen des öffentlichen Raumes bewirken. Mit dem Wettbewerb für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes und mit den Vorbereitungen für einen verkehrsfreien neuen Marktplatz/Bohl werden wesentliche Verbesserungen für die Platzgestaltung, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr erreicht. Die Neugestaltung von Strassenräumen soll nicht nur zu Gunsten des Verkehrs, sondern auch für die umliegenden Quartiere positiv wirken. Realisiert wird das Projekt Lämmlibrunnenstrasse; in der Volksabstimmung aber abgelehnt wurde die Neugestaltung der Zürcher Strasse.

Stadion St.Gallen

Das sicher umfangreichste Verkehrsprojekt seit langer Zeit in der Stadt St.Gallen ist durch das neue Fussballstadion und Einkaufszentrum in Winkeln ausgelöst worden. In diesem Abschnitt wurden die Zürcher Strasse neu angelegt, direkte Zu- und Wegfahrten zum Gebäudekomplex direkt ab Autobahn realisiert und umfangreichen Schutzmassnahmen für das Quartier Winkeln umgesetzt. Einen eigentlichen Quantensprung wird der öffentliche Verkehr erfahren. Mit vier neuen Buslinien werden die Stadt St.Gallen und die Regionsgemeinden Gossau, Herisau und Gaiserwald über den Stadionkomplex neu und zusätzlich mit dem öffentlichen Verkehr verbunden.

Versuchsbetrieb Oberhofstetten der VBSG

Nach Ablauf des ersten Versuchsjahres wurde das Angebot auf der Versuchslinie Riethüsli-Oberhofstetten in zwei Schritten an die Nachfrage angepasst. Täglich verkehren seit dem Fahrplanwechsel vom Dezember 2006 16 Kurspaare (Vorjahr: 21 Kurspaare).

Billettausgabesystem der VBSG

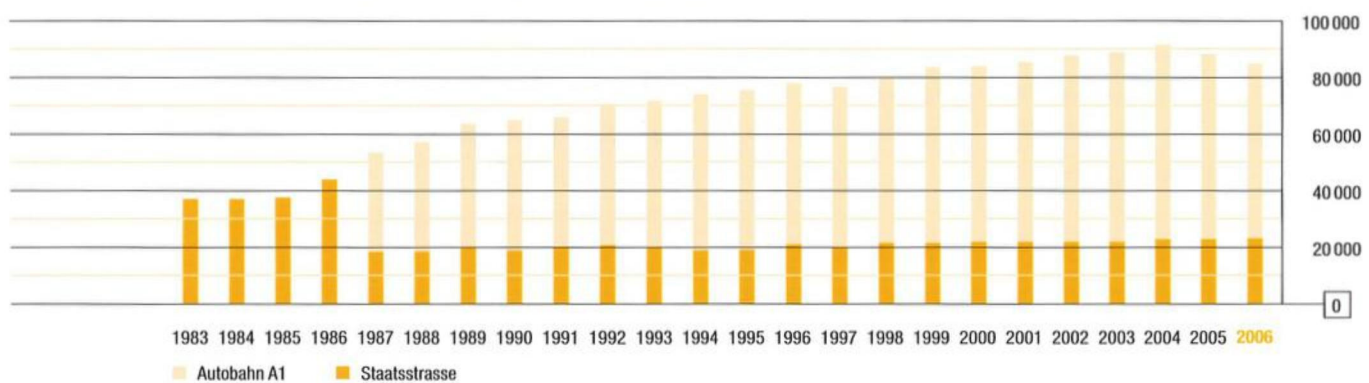
Ende September 2006 wurde der Zuschlag für ein neues Billettausgabesystem erteilt. Das hochmoderne mobile Ausgabesystem nimmt Euro-Münzen und Banknoten an und ermöglicht auch die Ausgabe von Mehrfahrtenkarten in den Bussen. Das komplexe IT-Projekt wird, koordiniert mit dem Tarifverbund Ostwind, verwirklicht. Wegen der Komplexität der neuen Ausgabesysteme auch bei den Bahnen wurde die Einführung des integralen Tarifverbundes um ein Jahr auf den Fahrplanwechsel vom Dezember 2008 verschoben.

Umsetzung Legislaturziele 2005-2008

- ▶ Mit der Beschlussfassung der Grundzüge zur räumlichen Entwicklung kann mit der Ausarbeitung des Richtplans begonnen werden.
- ▶ Mit der Neugestaltung des Marktplatzes, der südlichen Altstadt und des Bahnhofplatzes sind wichtige Projekte für die Altstadt und die Innenstadt eingeleitet worden. Sie erlauben weitere Verkehrsberuhigungsmassnahmen und den Ersatz von oberirdischen Parkplätzen.
- ▶ Die Einführung der Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten soll – unter Berücksichtigung der verschärften Anforderungen nach dem Bundesgerichtsentscheid – fortgesetzt werden.
- ▶ Die Sanierung der Gemeindestrassen entsprechend dem Rahmenkredit des Stadtparlaments wurde planmässig weitergeführt.
- ▶ Die Erneuerung der VBSG-Busflotte konnte eingeleitet werden.



Verkehrsentwicklung über den Sittergraben Fahrzeuge/Tag



Die Sankt Galler Stadtwerke (sgsw) fördern die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen stärker.

Mit dem Bau einer grösseren Fotovoltaikanlage auf dem Dach der IKEA erfolgt ein erster Schritt.

Als Anlagecontractor für die Energie- und Wärmeversorgung der Überbauung Birnbäumen sammeln die sgsw erste Erfahrungen in einem neuen Geschäftsfeld.

Solarstromproduktion erhöhen

Das Stadtparlament sprach im Sommer einen Kredit von 1.8 Millionen Franken für die Realisierung einer Solarstromanlage auf dem Dach der IKEA. Die vorgesehene Fotovoltaikanlage erstreckt sich über eine Fläche von 6 000 m². Mit dieser Anlage können jährlich 160 000 bis 180 000 Kilowattstunden Solarstrom produziert werden. Die heutige Eigenproduktion der sgsw von ca. 30 000 Kilowattstunden wird mit der neuen Anlage massiv ausgebaut. Als Stromproduktionspreis werden 85 Rappen pro Kilowattstunde erwartet.

Kleinwasserkraftwerk Burentobel

Die Firma Filtrox AG hat für die Erneuerung des Kleinwasserkraftwerks Burentobel ein Vorprojekt ausarbeiten lassen. Die Stadt St. Gallen wird sich an einer Aktiengesellschaft beteiligen, die den Bau und Betrieb des Kraftwerks mit einer durchschnittlichen Stromproduktion von 1.3 Millionen Kilowattstunden bezweckt. Dritter Partner ist die SN Energie AG.

Pilotprojekt Contracting Birnbäumen

Fossile Energieträger wie Erdgas werden in Zukunft aus Gründen der Energieeffizienz nicht mehr nur für Warmezwecke verbrannt, sondern in Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen (WKK-Anlagen) eingesetzt. In diesen Anlagen wird Strom produziert und dabei fällt Abwärme an, die über Nahwärmenetze für die Beheizung mehrerer Gebäude eingesetzt werden kann. Solche dezentralen WKK-Anlagen können zudem in ein virtuelles Kraftwerk, einen zentral gesteuerten Verbund verschiedener Produktionsanlagen, eingebunden werden. Damit wird sichergestellt, dass die Stromproduktion koordiniert erfolgt und ein optimales

Spitzenlastmanagement in der städtischen Stromversorgung betrieben werden kann. Auf der Basis erster Pilotprojekterfahrungen mit der Wärmeversorgung der Überbauung Birnbäumen soll entschieden werden, ob Contracting zu einem neuen Geschäftsfeld der sgsw entwickelt werden soll.

Umsetzung Legislaturziele 2005-2008

Der sgsw ist es gelungen, ihre Markt- und Kundenorientierung auch als städtischer Betrieb gezielt zu erhöhen. Ihre Handlungsfähigkeit ist weitgehend gegeben. Der Handlungsbedarf für eine rechtliche Verselbständigung der Sankt Galler Stadtwerke wird derzeit nicht als vordringlich eingestuft. Eine Neubeurteilung der Lage erfolgt im Jahr 2008.

Die Raumbedürfnisse der sgsw werden nochmals kritisch unter dem Aspekt einer möglichen strukturellen Reorganisation beurteilt. Im Vordergrund steht nach wie vor eine grösstmögliche räumliche Konzentration.

Der Baubeschluss für den Ausbau 2010 der RWSG wurde gefällt. Mit den Bauarbeiten im Umfang von CHF 31 Mio. wird im Frühjahr 2007 begonnen. Der Ausbau 2010 sieht vor, das Seewasserwerk Riet stillzulegen und die Seewasserwerke Frasnacht, Arbon und Rorschach zu vernetzen.



Kennzahlen 2005	2004	2005	2006
Wasserverbrauch* (l)	75 400	79 700	80 63
Stromverbrauch* (kWh)	6 130	6 130	6 400

*pro Kopf und Jahr

Die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) St.Gallen bleibt in städtischer Hand; auf eine Änderung der Trägerschaft wird verzichtet. Das gereinigte Abwasser der ARA Hofen in Wittenbach soll in einigen Jahren nicht mehr in die Steinach, sondern direkt in den Bodensee geleitet werden.

Zusammenarbeit mit den Gemeinwesen der KVA-Region

Die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) St.Gallen wird über den Zeitraum 2020 hinaus rollend erneuert und bleibt ein städtischer Betrieb; eine Änderung der Trägerschaft steht nicht zur Diskussion. Bei der Erarbeitung des Energiekonzepts 2050 wurde deutlich, dass der KVA als Energieproduzentin (elektrische Energie, Fernwärme) für die Stadt eine wichtige Bedeutung zukommt (vgl. hierzu Kapitel 13). Deshalb ist es sinnvoll, dass die Stadt weiterhin einen grossen Einfluss auf die KVA behält, um diese Anlage energiepolitisch richtig zu positionieren. Auf eine Zusammenführung der Finanzierung und der Abfalllogistik von Stadt und A-Region wird derzeit ebenfalls verzichtet, weil dies kaum Vorteile, aber wesentliche finanzielle Nachteile für die Stadt wie auch für die Gemeinwesen hätte. Die Verträge mit den 36 Regionsgemeinwesen der KVA wurden entsprechend angepasst. Die Gemeinwesen haben neu kein Mitspracherecht mehr, profitieren aber im Gegenzug von tieferen, marktkonformen Verbrennungspreisen.

Wasserqualität Steinach

Die Steinach ist aufgrund der Einleitungen der städtischen Abwasserentsorgung ein stark belastetes

Gewässer. Ab dem Zulauf der städtischen Abwasserreinigungsanlage (ARA) Hofen in Wittenbach fliesst bei Niedrigwasser bis zu 80% gereinigtes Abwasser. Um die Wasserqualität zu verbessern, sind geeignete Massnahmen zu ergreifen. Nach umfassenden Abklärungen steht eine direkte Einleitung der gereinigten Abwässer der ARA Hofen via Seeleitung der ARA Morgental in den Bodensee im Vordergrund. Damit kann die Wasserqualität der Steinach unterhalb der heutigen Einleitstelle nachhaltig verbessert werden. Abflussmessungen in Trockenperioden haben gezeigt, dass die Steinach auch ohne den Zufluss aus der ARA Hofen noch Wasser führt und keine Bachabschnitte trocken fallen. Diese Massnahme in den Gewässerschutz löst in unterschiedlichen Zeitabschnitten Investitionen im Umfang von CHF 20 Mio. aus. Unabhängig vom künftigen Abwasserregime stehen bei der ARA Hofen grössere Sanierungen zum Werterhalt der Infrastrukturen an.

Umsetzung Legislaturziele 2005-2008

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Pilotprojekt Unterflurbehälter im Testgebiet Linsebühl/St.Fiden sind sehr positiv. Es ist vorgesehen, das System auf weitere Stadtgebiete auszudehnen.



Hauskehrichtmenge pro Kopf und Jahr (kg)

	2002	2003	2004	2005	2006
	238	236	236	232	227



Wertstoffmenge pro Kopf und Jahr (kg)

	2002	2003	2004	2005	2006
Altglas	29	30	31	31	31
Papier/Karton	86	82	84	79	78
Weissblech/Alu	1.8	2.0	2.0	2.0	1.8

Die Zahlen basieren auf 74 180 Einwohnerinnen und Einwohnern nach wirtschaftlichem Wohnsitz.



Der Umbau und die Sanierung des Rathauses schreiten planmässig voran. Die elektronische Archivierung ELAR bedeutet einen weiteren Schritt in der Umstellung von Arbeitsabläufen hin zu eGovernment. Weitere eGovernment-Aspekte wie Kontrolliertes Datenwachstum, Informatik-sicherheit und Vernetzung von Schulhäusern mit dem städtischen Netz kamen entscheidende Schritte voran. Das Reglement der Versicherungskasse wurde revidiert.

Neue Abläufe im Einbürgerungsverfahren

Im Frühjahr waren der Umbau und die Sanierung des Hochbaus ab dem 3. Obergeschoss abgeschlossen. Jene Dienststellen, welche während den zwei Jahren seit dem Fahrzeugbrand vom 24. Januar 2004 in der Tiefgarage im Neumarkt 2 untergebracht waren, kehrten in ihre definitiven Büros zurück. Es wird grundsätzlich in offenen Teamstrukturen gearbeitet, um die Teamarbeit zu fördern. Gleichzeitig können so mehr Arbeitsplätze platziert werden, die sich auch flexibler verschieben lassen. Das Organisations- und Informatikamt OIA bleibt bis im Mai 2007 an der Teufener Strasse 11.

Im Anschluss an die Arbeiten im Hochbau wurden der Umbau und die Sanierung des Flachbaus (Erdgeschoss, 1. und 2. Obergeschoss) in Angriff genommen. Das Einwohneramt und das Steueramt mit ihren zahlreichen Publikumskontakten sind bis Mai 2007 provisorisch im Hochbau untergebracht, welcher nur über den Lift erreichbar ist. Dies ist eine Herausforderung für das Publikum und für die Mitarbeitenden und erfordert einiges an Flexibilität. Die AHV-Zweigstelle arbeitet vorübergehend an der Merkurstasse 4.

Das elektronische Archiv hält Einzug

Die elektronische Archivierung (ELAR) steht neu auch in der Stadtverwaltung St.Gallen zur Verfügung. In der Stadtkanzlei werden mit dem Einsatz von ELAR erstmals auch die Stadtrats- und Parlamentsbeschlüsse mit den sitzungsergänzenden Unterlagen elektronisch archiviert. Somit stehen zukünftig einem definierten Benutzerkreis sämtliche Dokumente des Stadtrats und des Parlaments schnell und jederzeit für Recherchen zur Verfügung. Die sgsw legen neu ihre Kunden-

dokumente im elektronischen Archiv ab. Recherchen und Auskünfte bezüglich Kunden und Objekte können zukünftig ohne Nachschlagen der betreffenden Dokumente in Ordnern schneller und effizienter erfolgen.

Datenwachstum wird kontrolliert

Mit verschiedenen Massnahmen wie Sensibilisierung der Mitarbeitenden, Bereinigung der Daten und Zurverfügungstellung von günstigen Speichermedien konnten die Infrastrukturkosten und Datenmengen gesenkt werden.

Bedeutende Schritte zur Informatiksicherheit

Mit dem Bezug des zweiten Serverraumes im Amtshaus konnte eine weitere Massnahme zur Informatiksicherheit umgesetzt werden. Eine neue Technologie (Metaframe) ermöglicht es den städtischen Aussenstellen, in einer gesicherten Systemumgebung auf die zentral abgelegten Daten und Applikationen zuzugreifen und die internen Informations- und Kommunikationswege zu nutzen. Die Vernetzung der Schulhäuser ist bereits sehr weit fortgeschritten; drei Schulhäuser sind noch ausstehend.

Versicherungskasse

Die Umsetzung des dritten Pakets der 1. BVG-Revision machte wiederum eine Revision des Reglements der Versicherungskasse der Stadt St.Gallen notwendig. Jede Vorsorgeeinrichtung muss die Bedingungen für eine Teilliquidation, das Verfahren und die Zuteilung allfällig freier Mittel bzw. eines Fehlbetrages näher regeln. Auch muss das Verfahren bei einer allfälligen Kündigung des Anschlussvertrages einer angeschlossenen Institution festgelegt werden.

Ein wichtiger Revisionspunkt war die Anpassung des IV-Begriffs. Dieser ging im Reglement über die gesetzlichen Regelungen der Eidg. Invalidenversicherung (IVG) und der Beruflichen Vorsorge (BVG) hinaus. Im Hinblick auf die zunehmend restriktivere Rentenzusprechung durch die IV lief die Versicherungskasse damit Gefahr, gesetzlich nicht geschuldete Leistungen ausrichten zu müssen.

Ein weiterer Gegenstand der Revision war die Verzinsung der ganzen Deckungslücke durch die Stadt und die angeschlossenen Institutionen. Damit jedoch die Stadt bei angespannter Finanzlage nicht zusätzlich belastet wird, entscheidet der Stadtrat in Zukunft im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt jährlich, in welchem Ausmass die Deckungslücke verzinst wird. Dieser Entscheid ist auch für die angeschlossenen Institutionen verbindlich.

Notwendig waren zahlreiche weitere Anpassungen des bestehenden Vorsorgereglements wie z.B. die Bestimmungen betreffend Auszahlung der Altersleistungen in Kapitalform, die erweiterte Begünstigtenordnung oder

die Informationspflicht. Im Weiteren führte die aktuelle Rechtsprechung dazu, dass gewisse Vorgänge präziser formuliert werden müssen, um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Ein Verweis auf übergeordnetes Recht genügt heute in diesen Fällen nicht mehr. Das Reglement muss selber die präzisen Regelungen enthalten.

► Umsetzung der Legislaturziele

- Wichtige Optimierungs- und Konsolidierungsaufgaben der städtischen Informatik betreffend Sicherheit und Vernetzung der Schulhäuser wurden bewältigt.
- Das elektronische Archiv ELAR konnte produktiv gesetzt werden; die Testphase der neuen elektronischen Geschäftskontrolle wurde abgeschlossen.
- Das interne Controlling wurde mit der Aufnahme eines Rollenden Controlling (RoCo) intensiviert. Das Partizipationsreglement wurde vom Stadtparlament verabschiedet; das Referendum gegen den Erlass dieses Reglements wurde ergriffen.





Eine gute wirtschaftliche Entwicklung und erfreuliche Entscheide auf kantonaler Ebene werden sich für die Stadt positiv auswirken. Die Ausfälle der Steuergesetzrevision wurden weitgehend kompensiert und der geplante Finanzausgleich soll der Stadt ab 2008 zusätzliche Mittel von rund zehn Millionen Franken bringen. Diese sollen vorwiegend zu einer Reduktion des Steuerfusses eingesetzt werden.

Rechnungsergebnis 2006

Die Laufende Rechnung der Stadt weist für das Jahr 2006 einen Ertragsüberschuss von 3.2 Millionen aus. Um diesen Betrag kann auch die Verschuldung abgebaut werden. Die gegenüber dem Budget deutliche Verbesserung ist in erster Linie auf unerwartete Mehrerträge bei den Steuern der juristischen Personen zurückzuführen. Dank der unerwarteten Einnahmen konnte die Selbstfinanzierung gegenüber dem Voranschlag deutlich erhöht werden. Sie beträgt 54.7 Millionen Franken und reicht damit aus, die Nettoinvestition vollständig zu finanzieren und zudem den im Vorjahr verzeichneten Anstieg der Verschuldung wieder etwas zu kompensieren. Dieses insgesamt erfreuliche Ergebnis wird es erlauben – sofern das neue Finanzausgleichssystem auf das kommende Jahr in Kraft tritt – die mehrfach in Aussicht gestellte Steuerfussenkung vor einem relativ gesicherten Hintergrund zu realisieren.

Finanzausgleich und Steuerfusspolitik

Der neue Finanzausgleich sieht für die Stadt St.Gallen einen Sonderlastenausgleich vor, welcher sich aus drei Komponenten zusammensetzt:

- a) eine dauerhafte Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen der Stadt durch den Kanton im Umfang von 7.5 Millionen Franken.
- b) eine vorübergehende Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen der Stadt durch den Kanton bis zur Mitfinanzierung durch andere Kantone und Gemeinden von 9.0 Millionen Franken.
- c) eine Abgeltung der Zentrumslasten (insbesondere der Soziallasten) im Umfang von 6.0 Millionen Franken.

Gesamthaft führt der geplante Betrag von 22.5 Millionen Franken im Vergleich zu heute zu einer Erhöhung der Abgeltung um etwa zehn Millionen Franken. Theoretisch würde dies eine Steuerfussenkung im Rahmen der Legislaturziele ermöglichen. Gleichzeitig stehen aber eine Abschaffung der Vergnügungssteuer und andere Begehrlichkeiten im Raum. Wie die neuen Mittel letztlich verwendet werden, wird im Rahmen des Budgets 2008 zu entscheiden sein.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass auch mit der nun in Griffnähe gerückten besseren Abgeltung der Sonderlasten die Stadt ihren Steuerfuss in Zukunft nicht unter den als Ziel genannten kantonalen Durchschnitt senken können. Dies liesse sich auch im Vergleich zu einer grossen Zahl von st.gallischen Gemeinden, welche über ein deutlich weniger umfangreiches Leistungsangebot verfügen, nicht rechtfertigen. Immerhin darf darauf hingewiesen werden, dass sich der städtische Steuerfuss während Jahrzehnten am Maximalsteuerfuss für Ausgleichsgemeinden und damit an den höchsten Steuerfüssen innerhalb des Kantons ausrichtete. Seit 1999 betrug die Differenz zum Maximalsteuerfuss unverändert drei Steuerprozent.

Mit der Orientierung am kantonalen Durchschnitt wird eine deutlich ehrgeizigere Zielsetzung gewählt. Umgekehrt bedeutet die Orientierung am kantonalen Durchschnitt aber auch, dass der städtische Steuerfuss immer über den Steuerfüssen der steuergünstigen Gemeinden der Region liegen wird. Aber dies ist eine in der Schweiz auch für andere Zentren übliche Situation und lässt sich mit dem höheren Leistungsangebot in den Kernstädten sehr wohl begründen. Ob sich die Zielsetzung «des kantonalen Durchschnitts» auch langfristig erreichen lässt, hängt einerseits von

den finanzpolitischen Entscheiden der Stadt, anderseits aber auch von der Entwicklung der Steuerfüsse in den anderen Gemeinden ab.

Die Entwicklung der Steuerfüsse in der Region hängt vom Selbstverständnis und der Qualität der innerregionalen Zusammenarbeit ab. Wie werden sich die angedachten horizontalen Abgeltungen zugunsten der Stadt (bzw. des Kantons) auf die Steuerfüsse der Regionsgemeinden auswirken? Wird der Steuerwettbewerb weiterhin zunehmen oder wächst die Erkenntnis, dass ein überbordender Wettbewerb letztlich allen Gemeinden schadet? Wie kooperativ wird sich die Stadt gegenüber Gemeinden verhalten, welche nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und nur selektives Verständnis für regionale Solidarität aufbringen? All diese Fragen werden in den nächsten Jahren zu klären sein.

» Umsetzung der Legislaturziele

» Angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung werden die finanzpolitischen Zielsetzungen teilweise deutlich übertroffen werden, d.h. der in den Legislaturzielen angekündigte Zuwachs der Verschuldung wird nicht eintreten. In welchem Ausmass die übrigen finanzpolitischen Zielsetzungen anzupassen sind, wird im Zusammenhang mit der bevorstehenden Neugestaltung des Finanzausgleichs und anlässlich der Beantwortung von zwei parlamentarischen Vorstössen zu diskutieren sein.



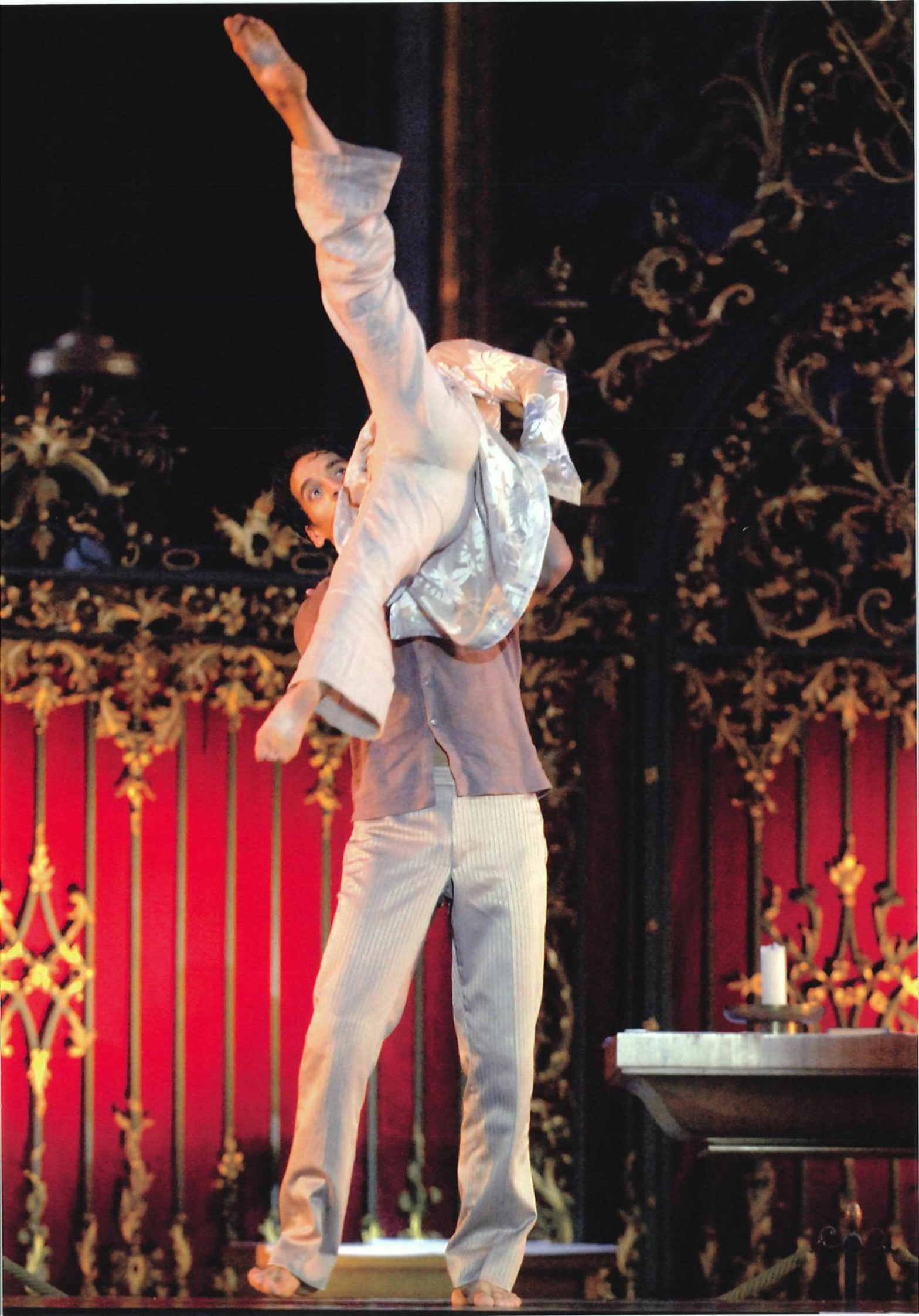
Steuerertrag pro Kopf (in CHF)

		1988	1993	1998	2003	2004	2005	2006
Steuerertrag pro Kopf	(nominell)	1 661	2 436	2 705	2 927	3 003	3 037	3 097
Steuerertrag pro Kopf	(real)	1 200	1 423	1 519	1 568	1 597	1 597	1 612
Steuerfuss		151	159	159	159	159	159	159



Verschuldung und einfacher Steuerertrag

		1988	1993	1998	2003	2004	2005	2006
Verschuldung	(in CHF 1 000)	106 135	134 712	177 470	135 646	145 396	151 656	148 459
Einfacher Steuerertrag	(in CHF 1 000)	77 617	111 612	119 338	130 777	132 912	133 815	136 351
Verschuldung	(in Steuerprozent)	136.7	120.7	148.7	103.7	109.4	113.3	108.9



Ende Jahr wurde dem Stadtparlament ein neues Energiekonzept 2050 vorgelegt. Es zeigt mögliche Wege auf, wie die Wärmeversorgung der Stadt schrittweise aus ihrer hohen einseitigen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen befreit und wie eine bedarfsgerechte Stromversorgung sichergestellt werden kann. Zentrale Zielsetzung ist eine in Menge und Qualität ausreichende sowie bedarfsgerechte und nachhaltige Versorgung der gesamten Stadt mit Energie für alle Lebensbereiche.

Energiekonzept 2050

Die Energiestadt St.Gallen will mit einem neuen Energiekonzept Perspektiven bis zum Jahr 2050 aufzeigen, wie der zu erwartenden Verknappung der fossilen Energieträger und der drohenden Stromknappheit sowie den stetig wachsenden CO₂-Emissionen begegnet werden kann. Mittelfristig soll der Anteil des Heizöls als Primärenergieträger massiv reduziert, jener von Erdgas auf heutigem Niveau stabilisiert oder nur dann erhöht werden, wenn dies einer rationellen und umweltschonenden Energieproduktion förderlich ist. Langfristig ist eine deutliche Reduktion des Einsatzes beider fossiler Energieträger und damit eine weitgehende Unabhängigkeit von nicht erneuerbaren, vorab ausländischen Energiequellen anzustreben.

Das Energiekonzept 2050 orientiert sich an der Vision einer 2000-Watt-Gesellschaft, die breite Akzeptanz von Bund und verschiedenen Kantonen geniesst. Im Jahr 2050 soll der Anteil fossiler Brennstoffe für Raumwärme und Warmwasser noch maximal 25% betragen (heute: 90%). Der gesamte Energiebedarf für Raumwärme und Warmwasserproduktion soll sich dank weiterer Optimierung der Wärmedämmung von Gebäuden und Steigerung der Energieeffizienz auf etwa die Hälfte reduzieren. Die Erdwärme wird mit oberflächennaher Geothermie (Wärmepumpen) in den Hügellagen und langfristig – falls das laufende Basler-Pilotprojekt die geologisch unbedenkliche Machbarkeit bestätigt – mit Tiefengeothermie in der Talsohle zum Hauptpfeiler der städtischen Wärmeversorgung. Die fossilen Energieträger sollen nicht mehr nur mit bescheidenem Wirkungsgrad zu Wärmezwecken verbrannt, sondern energetisch

in Wärme-/Kraftkopplungsanlagen möglichst effizient genutzt werden. Im Sinne einer Mittelfriststrategie wird derzeit geprüft, den hohen Wärmebedarf im Zentrum und im Osten der Stadt mit einem Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk und/oder mit einem dezentralen System mit Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen und Wärmepumpen zu decken. Beide Systeme – ob mit einer grossen zentralen oder mit mehreren dezentralen Anlagen – erfordern den Aufbau entsprechend konzipierter Wärmeverteilnetze.

Der Stromverbrauch in der Stadt St.Gallen von heute rund 470 GWh pro Jahr wird heute zu über 98% durch Stromlieferungen der Vorlieferantin SN Energie AG gedeckt. Deren vordringliche Aufgabe in den nächsten Jahren wird es sein, den nach wie vor wachsenden Strombedarf der Partner – St.Gallen alleine verzeichnet jährliche Zuwachsraten von 2% – zu decken, um die sich aus heutiger Sicht im Jahr 2015 abzeichnende Versorgungslücke zu schliessen. Die SN Energie AG strebt hierfür eine Ausweitung und eine Diversifikation ihrer Stromproduktion und -beschaffung an. Die Abhängigkeiten von einzelnen Anlagen, Regionen und Technologien sollen so abgebaut werden.

» Umsetzung Legislaturziele 2005-2008

► Mit dem Energiekonzept 2050 wird ein umfassendes Massnahmenpaket eingeleitet, dank dem die CO₂-Emissionen im Wärmebereich nachhaltig gesenkt werden sollen, um das Klimaschutzziel des Kyoto-Protokolls zu erreichen. Das Konzept wird massgeblich zur Rezertifizierung von St.Gallen als Energiestadt beitragen.



Messort Volksbadstrasse

	2002	2003	2004	2005	2006
Stickstoffdioxid (NO ₂) in µg/m ³ (Grenzwert 30 µg/m ³)	33	36	32	34	35
Ozon (O ₃), Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen	142	492	177	146	295
Feinstaub (PM10) in µg/m ³ (Grenzwert 20 µg/m ³)	21	23	19	18	21



Am 24. September wurden Thomas Scheitlin zum neuen Stadtpräsidenten sowie Nino Cozzio in den Stadtrat gewählt. Stadtpräsident Dr. Franz Hagmann und Stadtrat Hubert Schlegel sind auf Ende Jahr zurückgetreten.

Rücktritte aus dem Stadtrat und Ersatzwahlen

Im April erklärte der 63-jährige Stadtrat Hubert Schlegel seinen Rücktritt auf Ende 2006. Im Juni gab auch der 65-jährige Stadtpräsident Dr. Franz Hagmann aus gesundheitlichen Gründen bekannt, er werde Ende 2006 sein Amt abgeben.

Franz Hagmann wurde 1992 als politisch unverbrauchter und führungserprobter Kandidat in den Stadtrat gewählt. Zwölf Jahre an der Spitze der Technischen Betriebe, zwei Jahre als Stadtpräsident: In beiden Funktionen hat er Zeichen gesetzt. Gerne hätte er die Amtszeit zu Ende geführt. Doch die Ungewissheit über den Verlauf der vor zwei Jahren diagnostizierten Krankheit bewogen ihn zum Rücktritt. Trotz der kurzen Zeit hat Franz Hagmann kultur- und finanzpolitisch bedeutsame Weichen gestellt; Höhepunkt bildete dabei die Mitgestaltung an dem im Herbst 2006 vorgelegten kantonalen Vorschlag zum Finanzausgleich.

Hubert Schlegel war während 14 Jahren Kommandant der Stadtpolizei. Als er 1997 an die Spitze der Direktion Soziales und Sicherheit gewählt wurde, war dies auch eine Anerkennung für die Art, wie er die Polizei geführt hatte. In der landesweit einzigartigen Kombination von Sicherheit und Sozialen Diensten hat er die Chance wahrgenommen, komplexe Probleme vernetzt anzugehen; ein Beispiel dafür ist der Aufbau der Stiftung für Arbeit, einer Institution zur Linderung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Nachfolge für Franz Hagmann und für Hubert Schlegel wurde am 24. September im ersten Wahlgang geregelt. Bei einer Stimmbeteiligung von 44.1% und einem absoluten Mehr von 9 328 Stimmen wurden Thomas Scheitlin mit 10 419 Stimmen und Nino Cozzio mit 9 608 Stimmen gewählt. Thomas Scheitlin wurde zudem bei einem absoluten Mehr von 9 132 Stimmen mit 9 660 Stimmen zum Stadtpräsidenten gewählt.

Neugestaltung und Sanierung der Zürcher Strasse

Das Stadtparlament hiess an seiner Sitzung vom 17. Januar das Projekt gut. Das Stimmvolk verwarf die Vorlage am 21. Mai mit 7 864 Nein (51.7%) gegen 7 349 Ja bei einer Stimmbeteiligung von 34.94%.

Erweiterung der Primarschule Schönenwegen

Das Stadtparlament stimmte an seiner Sitzung vom 2. Mai dem Projekt für die Erweiterung der Primarschule Schönenwegen zu. Das Stimmvolk nahm die Vorlage am 24. September mit 15 716 Ja (76.3%) gegen 4 843 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 47.4 % an.

Schulorganisation 2007

Das Stadtparlament nahm an seiner Sitzung vom 29. August Kenntnis von der Schulorganisation 2007 und erliess einen Nachtrag zur Gemeindeordnung sowie ein Reglement über die städtischen Schulen (Schulordnung). Das Stimmvolk stimmte der Vorlage am 26. November mit 8 701 Ja (51.6%) gegen 8 157 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 39.3% zu.



Parlamentarische Vorstösse

	2002	2003	2004	2005	2006
Motionen	3	4	4	3	4
Postulate	9	10	7	11	9
Interpellationen	25	41	20	23	20
Einfache Anfragen	8	17	15	24	22

